

Nicht nur Holocaust, auch Dankbarkeit

Rainer Barzel

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat einstimmig(!) von Israel die Einstellung unangemessener Feindseligkeiten gegen Palästinenser verlangt. In Deutschland werden Vorkehrungen gegen Terrorismus verstärkt, der mit den nahöstlichen Spannungen zu tun hat und uns hier zu Lande treffen soll. Viele fürchten Beeinträchtigungen durch Krieg im Nahen Osten. Das bewegt Gemüter und Diskussionen.

In den vergangenen Jahren wurden wir immer wieder durch Spannungen im Nahen Osten politisch direkt betroffen. Nicht nur der Holocaust begründet unsere besonderen Beziehungen zu Israel. Auch Dankbarkeit zu Israel wegen der Einstellung Israels zum besiegten Deutschland bestimmt unsere Haltung. Die „Jahrhundert-Gestalten“ Adenauer und Ben Gurion haben dies begründet.

Im „Kalten Krieg“ wirkte der Nahe Osten ein auf unsere Deutschland-Politik. Die aktuelle Lage zwingt, das alles neu einzuordnen.

Deutschland und der Nahost-Konflikt

Heute ist jedermann einsichtig, dass die Wiedervereinigung Deutschlands das Ende des offensiven Kommunismus in Europa bewirkt, dass die deutsche Einheit Europa und die Welt politisch verändert und den Kalten Krieg beendet hat. Sie markiert nicht nur einen deutschen, sondern einen weltpolitischen Wendepunkt.

E contrario kann man leicht erkennen, dass die Spaltung Deutschlands und die Existenz der DDR ein zentraler Trumpf im Kalkül des Welt-Kommunismus waren.

Zu wenigen ist bewusst, dass und wie der Nahost-Konflikt im Ringen um Deutschland eine bedeutende Rolle spielte. Schon vor dem historischen Treffen der beiden „Jahrhundertgestalten“ David Ben Gurion und Konrad Adenauer am 14. März 1960 im Waldorf-Astoria-Hotel in New York half Deutschland, Israel – mit vielerlei aufbauwichtigem Material, auch mit Waffen und Geld – seinen neuen Staat aufzubauen. Israel half, die Demokratie im besiegten Deutschland Gestalt und Kraft gewinnen zu lassen, indem es beitrug, unseren Kredit und unser Ansehen international neu zu begründen.

Nahum Goldmann, verantwortlicher jüdischer Sprecher gegenüber Deutschland, hat diese Zeit subtil beschrieben, vor allem das erste Gespräch mit Konrad Adenauer am 6. Dezember 1951 in London. (*Staatsmann ohne Staat*, 1970)

Alsbald meldeten sich arabische Diplomaten in Bonn, um warnend darauf aufmerksam zu machen, dass deutsch-israelische Beziehungen ihre Interessen beeindruckten. Das steigerte sich im Laufe der Annäherung zwischen der Bundesregierung Deutschland und Israel. Im Frühjahr 1956 hielt die Bundesregierung es für richtig, durch Staatssekretär Hallstein Israel auf die Schwierigkeiten aufmerksam zu machen, die sich für die deutsche Außenpolitik aus dem sowjetrussischen

Bestreben ergäben, im Nahen Osten Einfluss zu gewinnen. Bonn bekam immer wieder das arabische Störpotenzial zu spüren – vor allem durch die Drohung, mit der Anerkennung der DDR als zweitem deutschen Staat die Spaltung Deutschlands international zu festigen. Arabische Staaten drohten konkret wegen des Luxemburger Abkommens vom 10. September 1952 zur Hilfe für Israel und zur Wiedergutmachung an Juden, auch wegen der deutschen Waffenlieferungen an Israel, als diese bekannt wurden, ihre Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland abzubrechen und so die Spaltung Deutschlands zu vertiefen. Das steigerte sich zur Krise, als wir die diplomatischen Beziehungen zu Israel im Jahr 1965 aufnahmen.

Die Akten des Auswärtigen Amtes belegen immer wieder zahlreiche Eingaben hochgestellter Persönlichkeiten, die rieten, baten und forderten, Bonn möge offene, amtliche Beziehungen zu Israel aufnehmen.

In Israel war die Bereitschaft hierzu noch minimal. Als Israeliis, zuerst in der Knesset, im Januar 1952 über das werdende demokratische Deutschland debattierten, demonstrierten noch um das Parlament Steinewerfer gegen die, welche künftigen Ausgleich suchten.

Die Bonner Antworten an diese Petennen verweisen sämtlich nicht auf diese Lage in Jerusalem, sondern nannten arabische Empfindlichkeiten als Grund für das Bonner Zögern. Und dieses sei die Voraussetzung für ein einigermaßen störungsfreies Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zur arabischen Welt.

Diplomatie in der Krise

Anfang des Jahres 1965 spitzte sich die Lage zu:

In Israel war die Verbitterung über Bonn – ohnehin wegen des Holocaust und der Nazi-Diktatur verpönt –, angestiegen, seit Bonn die Waffenlieferungen

an Israel einstellte, im Bundestag die Verjährung der NS-Verbrechen diskutierte und deutsche Techniker in Ägypten Raketen bauten. Botschafter Shinnar, Leiter der israelischen Handelsmission in Deutschland, wurde von Bonn nach Jerusalem zurückgerufen.

Andererseits hatte das unter Nasser israelfeindliche und sowjetfreundliche Ägypten auf Moskauer Druck Walter Ulbricht, Chef der DDR, zum Staatsbesuch eingeladen. Dieser werde einen großen Scheck mitbringen, hieß es. Aus Bonn erhielt Ägypten sichtbar nennenswerte Entwicklungshilfe. Nasser in Kairo erklärte, Israel vernichten zu wollen.

Der Besuch Ulbrichts erfolgte mit Pomp und mit deutlichen Spalten gegen Bonn. Dort war guter Rat teuer: Solle man das hinnehmen im Interesse der traditionellen deutsch-arabischen Freundschaft (und so die deutschlandpolitische Niederlage übergehen) oder konsequent nun auch zu Ägypten die diplomatischen Beziehungen abbrechen, wie man es zuvor zu Kuba und zu Jugoslawien getan hatte? Der besonnene und erfahrene Walther Hallstein telegraфиerte: „Wenn wir nicht sofort die Beziehungen zu Ägypten abbrechen, nimmt unser Recht, für Gesamtdeutschland zu sprechen, schwer wiegenden Schaden.“

Im Bonner Kabinett stritt man zudem lauthals über die Verjährung des nationalsozialistischen Unrechts. Es war ein Hexenkessel!

Annäherung an Israel

Just zu diesem Zeitpunkt musste ich nach New York und nach Washington reisen. Ich bekam den beginnenden Boykott gegen Deutschland zu spüren. Selbst die Lufthansa war schon betroffen.

Ich sprach unter anderen mit dem israelischen Botschafter in den USA und bei den Vereinten Nationen Harmann über das, was zu tun sei. Wir suchten und fanden einen Ausweg.

Ich gab nach Bonn den Rat, eine wichtige deutsche Persönlichkeit nach Israel zu Gesprächen zu entsenden, und schlug dafür Kurt Birrenbach vor. Dieser Rat wurde sofort angenommen. Am 7. März reiste Birrenbach nach Israel. Er wusste bei seiner Abreise noch nichts von der Entscheidung Ludwig Erhards, diplomatische Beziehungen zu Israel aufzunehmen.

Botschafter Felix Shinnar berichtet:

„Dr. Birrenbach war am Sonntag, dem 7. März 1965, morgens nach Israel abgeflogen, nachdem er am Tage vorher in Gesprächen mit Professor Erhard, Dr. Barzel und Professor Carstens seine Instruktionen erhalten hatte. Er war also schon vor der Veröffentlichung der Erhardschen Erklärung und seinem Beschluss bezüglich diplomatischer Beziehungen mit Israel abgereist, kannte also ihren von seinen Instruktionen im Punkte der Beziehungen abweichenden Inhalt bei seiner Ankunft am Abend noch nicht.“

Am nächsten Tag waren wir morgens um 9 Uhr mit Dr. Birrenbach im Büro des damaligen stellvertretenden Verteidigungsministers Peres verabredet, um zu einer Besprechung mit Eshkol und Golda Meir nach Jerusalem zu fahren. In der kurzen Vorunterhaltung ergab sich, dass Dr. Birrenbach den Auftrag hatte, die Eröffnung von Generalkonsulaten vorzuschlagen. Als wir ihm den Wortlaut der Erhardschen Erklärung vorlasen, war die Überraschung groß. Zur Klarstellung sprach er telefonisch mit Staatssekretär Carstens und erhielt den aus der Erklärung Erhards sich ergebenden berichtigten Auftrag.“

Aus Bonn am Telefon in New York gefragt, was ich denn zur Sache riete, habe ich am 5. März 1965 empfohlen, nicht zu reagieren, sondern zu agieren und durch eine neue von Deutschland bewirkte Tat- sache den Teufelskreis zu durchbrechen und so die Lage vom Grunde her zu verändern. So ließ ich mich auch im Gespräch mit Botschafter Hamann ein. Nach

Rückkehr aus New York bat mich der Bundeskanzler zu sich. Ich berichtete und gab den Rat, sofort diplomatische Beziehungen zu Israel aufzunehmen. Das wurde zuerst im Beisein von Schröder und Westrick abgelehnt. Nach einem Gespräch unter vier Augen entschied der Bundeskanzler – Kraft seiner Richtlinienkompetenz – im Sinne dieses Rates.

Am 7. März teilten die Schlagzeilen der großen Zeitungen diese sensationelle Neuigkeit mit. Einige arabische Staaten brachen die Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland ab, nahmen aber keine Beziehungen zur DDR auf. Das Geflecht unserer Beziehungen zur arabischen Welt renkte sich bald wieder zu unseren Gunsten ein.

Deutschland hatte sich wieder in die Weltpolitik eingefügt und die Entschlossenheit seiner Deutschland-Politik bewiesen. Es hat damals den Westen insgesamt und vor allem Israel gestärkt, eine nicht nur deutsche Niederlage vermieden und die Sowjetunion in ihre Schranken verwiesen. Deutschland hat damals viel gewagt und so an internationalem Ansehen gewonnen. Dabei tat Deutschland sich selbst den größten Gefallen. Die Absicht der Moskauer, uns zu schwächen durch internationales Sanktionieren der deutschen Spaltung, war durchkreuzt.

Mithilfe der USA gelang es, in Israel die Annahme des deutschen Vorschlags zu gegenseitigen diplomatischen Beziehungen durchzusetzen. Botschafter Knappstein half aus Washington.

Israel, der Staat aus dem Holocaust, bekannte sich so in aller Form öffentlich und amtlich zum demokratischen Deutschland.

Erneut war auch die US-amerikanisch-deutsche Partnerschaft unter Beweis gestellt.

Die arabische Welt

Ulbrichts Besuch in Kairo wurde nicht zum beabsichtigten Triumph der Sowjet-

union gegenüber Deutschland, sondern zum Bumerang. Und: Nasser hatte, so die Reaktion in Arabien, Deutschland herausgefordert, aber weder besiegt noch gedemütigt. Das Gegenteil war geschehen: Mit einem blauen Auge Ägyptens kehrte man zur üblichen deutsch-arabischen Freundschaft zurück. Unser Ansehen stieg auch in der arabischen Welt wieder.

Im November 1974 reiste ich, eingeladen von der ägyptischen Regierung und ermuntert aus Israel, nach Ägypten. Niemand hat mir, dem Freund Israels, in Kairo nahe zu bringen versucht, wir hätten zwischen Israel und Ägypten zu wählen. Vielmehr fand ich bestätigt, dass das Wort Deutschlands in der arabischen Welt auch deshalb zählt, weil es in Israel besonderes Gewicht hat.

Während der Münchener Olympiade im Jahre 1972 ermordeten Kämpfer der PLO jüdische Sportler. Deutschland war empört. Es kam Gott sei Dank nicht zu Verwerfungen im deutsch-jüdisch-israelischen oder im deutsch-arabischen Verhältnis.

Deutschlands Ansehen nach dem Krieg

Durch den verlorenen Krieg war Deutschland zerstört und geteilt, seines internationalen Ansehens beraubt. Schulden lasteten auf dem geschundenen Volk. Wer Deutschland wieder aufbauen wollte, musste das deutsche Ansehen wiedergewinnen, seine Kreditfähigkeit – im weitesten Sinne – wieder herstellen. Die deutschen Verbindlichkeiten müssten beglichen werden, forderte die Staatengemeinschaft. Das war nicht nur ein ökonomisches und finanzielles Problem.

Viele in der Welt wollten mit uns nichts mehr zu tun haben. Vielerorts wurde die deutsche Sprache verfeindet.

Es gelang, das aufzubrechen.

Das begann mit dieser Regierungserklärung des Bundeskanzlers Konrad

Adenauer am 27. September 1951 vor dem Deutschen Bundestag:

„Die Bundesregierung und mit ihr die große Mehrheit des deutschen Volkes sind sich des unermesslichen Leides bewusst, das in der Zeit des Nationalsozialismus über die Juden in Deutschland und in den besetzten Gebieten gebracht wurde. Das deutsche Volk hat in seiner überwiegenden Mehrheit die an den Juden begangenen Verbrechen verabscheut und hat sich an ihnen nicht beteiligt. Es hat in der Zeit des Nationalsozialismus im deutschen Volke viele gegeben, die mit eigener Gefährdung aus religiösen Gründen, aus Gewissensnot, aus Scham über die Schändung des deutschen Namens ihren jüdischen Mitbürgern Hilfsbereitschaft gezeigt haben. Im Namen des deutschen Volkes sind aber unsagbare Verbrechen begangen worden, die zur moralischen und materiellen Wiedergutmachung verpflichten, sowohl hinsichtlich der individuellen Schäden, die Juden erlitten haben, als auch des jüdischen Eigentums, für das heute individuell Berechtigte nicht mehr vorhanden sind.“

Auf diesem Gebiet sind erste Schritte getan, sehr vieles bleibt aber noch zu tun. Die Bundesregierung wird für den baldigen Abschluss der Wiedergutmachungsgesetzgebung und ihre gerechte Durchführung Sorge tragen. Ein Teil des identifizierbaren jüdischen Eigentums ist rücksterstattet. Weitere Rückerstattungen werden folgen.

Hinsichtlich des Umfangs der Wiedergutmachung – in Anbetracht der ungeheuren Zerstörung jüdischer Werte durch den Nationalsozialismus ein sehr bedeutendes Problem – müssen die Grenzen berücksichtigt werden, die der deutschen Leistungsfähigkeit durch die bittere Notwendigkeit der Versorgung der zahllosen Kriegsopfer und der Fürsorge für die Flüchtlinge und Vertriebenen gesetzt sind. Die Bundesregierung ist bereit, gemeinsam mit Vertretern des Judentums

und des Staates Israel, der so viele heimatlose jüdische Flüchtlinge aufgenommen hat, eine Lösung des materiellen Wiedergutmachungsproblems herbeizuführen, um damit den Weg zur seelischen Bereinigung unendlichen Leides zu erleichtern. Sie ist tief davon durchdrungen, dass der Geist wahrer Menschlichkeit wieder lebendig und fruchtbar werden muss. Diesem Geist mit aller Kraft zu dienen betrachtet die Bundesregierung als die vornehmste Pflicht des deutschen Volkes.“

Wiedergutmachung

Im Jahre 1952 fand diese Politik ihren rechtlichen Niederschlag im Londoner Schuldenabkommen vom 27. Februar, im Luxemburger Abkommen über Hilfe für Israel und Wiedergutmachung an Juden vom 10. September sowie im Deutschlandvertrag vom 26. Mai 1952.

Die Reichsschulden wurden bis zur Wiedervereinigung ausgesetzt, Reparationen bis zum Friedensvertrag verschoben, dem Ziel, eines in Europa eingeordneten wieder vereinigten demokratischen Deutschlands zugestimmt. Die Hilfe für Israel und die Wiedergutmachung an den Juden aber sollte sofort beginnen.

Der Begriff „Wiedergutmachung“ stieß und stößt vor allem bei Juden auf Unverständnis. Er war und ist gut gemeint: So wollte man die Durchbrechung der Termine für die anderen Verpflichtungen, deren Erfüllung hintangeschoben wurde, ermöglichen.

Für Adenauer und seine Regierungs-koalition war dieser Einstieg in den deutschen Wiederaufbau von herausragendem Wert. Die „West-Bindung“ dieser Verträge führte zu Adenauers Wahlsieg 1953.

„Es waren in erster Linie moralische Überlegungen, von denen sich der Kanzler in diesen Fragen damals und später leiten ließ.“ Und: „Jedermann weiß, dass es ohne Adenauer kein Wiedergutma-

chungs-Abkommen gegeben hätte.“ Als seine Helfer auf der deutschen Seite sind vor allem zu nennen: Hermann-Josef Abs, Franz Böhm und der sozialdemokratische Abgeordnete Jakob Altmeier.

Die Alliierten legten im Laufe der Zeit immer mehr Wert auf die deutsche Wiederbewaffnung als auf die deutsche Wiedergutmachung.

Das Luxemburger Abkommen fand von Seiten der Regierungskoalition weniger Zustimmung als von der oppositionellen SPD.

Durch diese Verträge hat die Bundesrepublik Deutschland zum Aufbau des Staates Israel beigetragen, Israel die Kreditfähigkeit Deutschlands und sein Ansehen gefördert.

Adenauer und Ben Gurion hatten schon früher erkannt: „Man kann nicht in der Vergangenheit leben, man muss für die Zukunft leben.“

Nach der Unterzeichnung in Luxemburg erklärte Adenauer, für seine Art geradezu emotional:

„Es kommt selten vor, dass ein Politiker und Staatsmann das, was ihm Staatsrason und politische Zweckmäßigkeit vorschreiben, auch von ganzem Herzen tun kann.“

Diese Begegnung und die Unterzeichnung dieses Abkommens habe ihm „eine seltene Befriedigung beschieden“.

Wir Deutschen sollten nicht nur Auschwitz und Holocaust bedauernd bedenken, sondern dankbar die Brücke, die Israel uns in eine bessere Zukunft zu bauen half.

Adenauer folgte damals seiner eigenen Erkenntnis:

„Gute Außenpolitik setzt die innerlich anerkannte moralische Gleichberechtigung voraus, und gerade deshalb ist der Israel-Vertrag so bedeutsam für uns.“

Im Nahen Osten, in Palästina, kämpfen zwei Völker um ihr Lebensrecht. Die einen (Israelis) betrachten sich als Heimkehrer, die anderen (Palästinenser) sehen

diese als Eindringlinge. Beide haben gute historische Argumente.

Die arabisch-islamische Welt ist anders als die westliche. Vielen Arabern ist Israel ein fremder Pfahl im Fleisch. In diesem Kampf gibt zu oft Hass den Ton an, der oftmals aus missbrauchter Religion gepeist wird.

Israelis, Juden und Deutsche haben gelernt, sich zu vertragen, den anderen kennen, oft schätzen gelernt. Da sie das lernten, kam es zu Verträgen, die tragen und aus der Gegenwart die für alle erträgliche Zukunft erstreben.

Nazi-Deutschland war zur Vernichtung des Judentums ausgezogen und betrieb diese. Das demokratische Deutschland hat zum Aufbau des Staates Israel wesentlich beigetragen und Wiedergutmachung geleistet. Das ist ein neuer Abschnitt der deutschen Geschichte.

Auschwitz mitdenken

Weder ist Israel für Deutschland ein Staat wie andere auch noch Deutschland für Israel. Deutsche Politik müsse immer Auschwitz mitdenken, sagt man. Israel und das Judentum tun das ihrerseits mit Deutschland – im Guten wie im Schlechten. Wir Deutschen müssen verstehen, dass die Welt die Barbarei an Juden durch Deutsche und im deutschen Namen nicht vergessen kann. Die Welt muss verstehen, dass wir diese dunkle Seite unserer Geschichte, damit sich das nie wiederhole, nicht vergessen wollen. Israel und das Judentum haben Deutschland nach dem verlorenen Krieg wesentlich geholfen, dass die deutsche Demokratie zum geachteten, inzwischen auch selbstbewussten Mitglied der Staatengemeinschaft geworden ist.

Irgendwann Frieden?

Auf dem Zion in Jerusalem gibt es ein von Kaiser Wilhelm gestiftetes Kloster deutscher Benediktiner. Eines Tages wurde ein Benediktiner, der Franzose war, ihr Abt.

Da ich viel mit Frankreich und Deutschland als Koordinator zu tun gehabt hatte, wurde ich gefragt, ob ich nicht hier in Jerusalem versuchen wolle zu helfen, dass es zwischen Israelis und Palästinensern werde wie zwischen Franzosen und Deutschen.

Ich habe diese Anfrage so beantwortet: Franzosen und Deutsche seien „ausgerauft“, das sei hier noch nicht der Fall. Auch könnten beide Seiten sich nicht am Schluss – wie Adenauer und de Gaulle – in derselben Kathedrale zum gemeinsamen Gebet treffen.

Gegenwärtig bestimmen Gewalt und täglicher Tod die Lage zwischen Israel und Palästina. Auf diese Weise wird keines der beiden Völker sein Ziel erreichen. Unschuldige sterben. Jeder Tote heizt Rache an. Oft scheint es so, als trügen Sharon und Arafat einen persönlichen Krieg aus, koste es, was es wolle. Auch hier gilt: Frieden ist eine Sache der Menschenrechte. Alle sollten das bedenken. Auch Sharon.

Der deutsche Außenminister, um Frieden bemüht, konnte beim letzten Besuch im Februar 2002 zwar den Dank Arafats für das Aufbrechen der Blockade gegen ihn entgegennehmen, wurde aber von Sharon nicht empfangen. Das wird so weitergehen, auch mit dem Töten, solange der Westen nicht seine Kräfte auch in Richtung Nahost bündelt.

Ist der Frieden in Palästina aussichtslos? Ich glaube: Nein.

Wir im Westen müssen die nationalen Eifersüchteleien ebenso einstellen wie spürbare Rivalitäten zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den USA.

Die USA könnten und sollten im Schulterschluss mit der Europäischen Gemeinschaft die Sicherheit garantieren und wir Europäer den zivilen Wiederaufbau wirksam fördern.

Und: Israel könnte und sollte den arabischen Israelis dieselben Lebenswirklichkeiten bieten wie den jüdischen Israelis.